

**Anfrage mit Vorrang zur schriftlichen Beantwortung P-000407/2024
an die Kommission**

Artikel 138 der Geschäftsordnung

Jens Gieseke (PPE), Hildegard Bentele (PPE), Christian Ehler (PPE), David McAllister (PPE)

Betrifft: Biodiesel-Skandal in der Union

Biodieselproduzenten aus der Union klagen seit Anfang 2023 über stark steigende Einfuhren von Biodiesel aus China. Der Binnenmarkt wird in großen Mengen mit gepanschten Kraftstoffen aus China geflutet, die fälschlicherweise als „fortschrittliche“ Biokraftstoffe deklariert und zertifiziert sind, obwohl sie nicht den Unionsnormen entsprechen.

Das hat zu einer drastischen Marktverzerrung zulasten der Industrie in der Union und damit auch der deutschen Industrie geführt. Der Schaden geht in Milliardenhöhe: Die Unternehmensgewinne von Biokraftstoffproduzenten aus der Union sind in existenzbedrohender Weise eingebrochen, weil der Preis für die sogenannte Treibhausgasminderungsquote durch das Überangebot aus China auf weniger als ein Viertel gesunken ist. Ohne Reaktion führt das unweigerlich zum Kollaps der Biokraftstoffindustrie in der Union.

Die illegale Deklarationspraxis ist nur aufgrund erheblicher Schwächen des derzeitigen Zertifizierungssystems möglich. Zertifizierer dürfen mangels Genehmigung der chinesischen Behörden keine Kontrollen vor Ort durchführen, und Zertifikate werden häufig ausschließlich auf Basis von Herstellerangaben ausgestellt.

Die deutsche Bundesregierung verweist auf die Zuständigkeit der Union und lehnt eigene Initiativen zur Verbesserung des Zertifizierungssystems ab.

Unter dem Zeichen C/2023/1574 wurde der Kommission die Problematik gemeldet, und im Dezember 2023 wurde die Einleitung eines Antidumping-Verfahrens verkündet.

Der Vorgang ist der Kommission folglich bekannt.

1. Wie steht die Kommission zu dem Sachverhalt?
2. Welche kurzfristigen Schritte plant die Kommission, um die Biokraftstoffindustrie in der Union zu schützen?

Eingang: 7.2.2024